

Zeitung

Dreizehntägiger Jahrgang.

Regeliger

Preis 1. 7 Pfennig, 38 mm Dr. Kolonnen
preis oder deren Raum mit 40 Pf.
berechnet u. in weiteren Annahmeh
heilen a. allen Anzeigengeschäften
angenommen. Reklamen die 92 mm
breit Zeile 1.25 Mt. Anzeigen
annahmefähig vom. 11 Uhr
für die Sonntags-Dr. ebenfalls
11 Uhr. Abbestellungen, soweit zu
möglich, müssen rechtzeitig erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftl.
u. haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Neue Promenade 1a. Dr. Braun
hansl. 17. Neben-Geschäftsstelle:
Halle 18 und Große Ulrichstr. 23.

Bezugspreis

Je Hefte monatlich bei zweimonatlicher
Abnahme 1.60 Mark, vierteljährlich
4.50 Mark, durch die Post 1.50 Mark
zuzüglich Postgebühren. De-
mographien werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
nationalen Fernverkehrszustand unter
ausnahmsweise eingetragenen. Für un-
terschiedliche Abnahmearten sind
andere Preise übernommen.
Die Zeitschrift wird mit der Deutschen
Post-Zeitung geliefert.
Anzeige der Schriftleitung Nr. 1140,
Anzeige-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 278.

Halle, Dienstag, den 17. Juni.

1919.

Der Inhalt der Entente-Antwort.

Die Konzessionen der Entente. — Deutsche Friedensdelegierte bei ihrer Abreise von Versailles durch Steinwürfe verlegt. — Die Ohnmacht der Pariser Polizei.

Einzelheiten über die feindlichen Konzessionen.

Berlin, 17. Juni. (Sig. Drahtnachricht.) Die
unser Berliner Vertreter haben aus zuverlässiger Quelle
erfahren, liegt die Mantenteile der Entente seit 10 Uhr
bei der heiligen Regierung vor. Die Zugeständnisse, die letz-
tere der Entente an Deutschland gemacht hat, sowie die
Abänderungen des ursprünglichen Friedensvertragsent-
wurfes sind folgende:

In der Besetzung findet eine Volksabstimmung statt.
Danzig und Memel werden neutralisiert. Das auto-
nome Danzig wird unter Aufsicht des Völkerbundes
gestellt. Im Saarrevier findet eine Abänderung des
Hauptvertrages statt. Die Bestimmungen über die Aus-
lieferung aller Verträge zwischen Deutschen
und Franzosen in Elsass-Lothringen wird aufgehoben.
Es kann jetzt eine Entschädigung gefordert werden.
Die Grenze zwischen Schlesien und Polen wird ge-
ändert. Deutschland wird dadurch nicht berührt. In
Schleswig fällt die Volksabstimmung in der dritten Zone
fort. Bestimmte Abänderungen sind in den militäri-
schen Bestimmungen vorgesehen. Danach bleibt uns eine
Teil von neun Monaten zur Demarkierung unseres Gebietes
und zwar soll das Meer nach drei Monaten auf 200 000
Mann und nach weiteren sechs Monaten auf 100 000 Mann
verringert werden. Ganz unangenehm sind die wirtschaft-
lichen und finanziellen Bedingungen. Die Flüsse bleiben
internationalisiert. Die Veränderungen in der Ent-
schädigungsfrage sind nur technischer Art. Aus der
letzten Mantenteile spricht eine verblüffende Unwissenheit.
Es ist wohl Diprenten vom bösen deutschen Volke ge-
trennt bleiben mit der Verbindung, daß der bisherige Ent-
wurf Deutschlands mit Diprenten ja nur soviel auf dem
Seebege erfolgt wäre.

Weitere Einzelheiten aus der Entente-Antwort.

WTB. Versailles, 16. Juni. In ihrer Ant-
wort auf die deutschen Gegenwortsätze erklären die
alliierten und assoziierten Mächte, sie glauben, daß der
von ihnen vorgeschlagene Friede von Grund auf ein
Gerechtigkeitsfriede sei und den Grundrissen entspre-
che, welche die Alliierten des Völkerbundes von beiden
Seiten als Grundlage für den Frieden angenommen
worden seien. In Durchführung dieses Grundrisses
hätten die alliierten und assoziierten Mächte Maßnahmen
ergriffen, um

Polen als unabhängigen Staat
mit einem freien Zugang zum Meere wieder aufzu-
richten. Alle nicht ungewisheit in der Mehrheit polni-
sche besetzte Gebiete, außer einigen isolierten
Städten und Kolonien, welche aus erst kürzlich genehmig-
ten Gebieten Dänemark ersticht werden und inmitten
unabhängiger polnischer Länder gelegen seien, seien
Deutschland verlassen worden. Überhaupt, um die Volkswil-
le zweifelsfrei sei, sei eine Volksabstimmung vorge-
sehen. Danzig werde freistadt, seine Einwohner werden
autonom und kommen nicht unter polnische Herrschaft,
doch würden sie einen Bestandteil des polnischen Staates
bilden.

Polen werde gewisse wirtschaftliche Rechte
in Danzig erhalten,
die Stadt selbst von Deutschland gelöst, weil
es kein anderes mögliches Mittel gäbe, Polen diese
freie sichere Zufahrt zum Meere, welche Deutschland
an gewählten versprochen hatte, zu geben. Die deutschen
Gegenwortsätze hätten im höchsten Absehung mit
den für den Friedensschluß angenommenen Grund-
rissen, sie sehen vor, daß große Mehrheiten ungewisheit
hast polnischer Bevölkerung unter der Herrschaft
Deutschlands belassen würden, sie verweigerten aber
einer Nation von über 200 Millionen Einwohnern
einen sicheren Zugang zum Meere, um Verbindung
zwischen den Ländern Diprenten und Westpreußen zu
erhalten, deren Handel immer hauptsächlich auf See
erfolgte. Diese Gegenwortsätze könnten somit von den
alliierten und assoziierten Mächten nicht angenommen
werden. Infolgedessen habe die deutsche Note eine
Abänderung vorgeschlagen, die angesehen wurde. Auf
Grund der Behauptung, daß

Derselben,
abgesehen von polnischer Mehrheit im Verhältnis von
1 zu 1 (nach der letzten deutschen Volksabstimmung von 1910
1 250 000 gegen 600 000) bewohnt, deutsch zu bleiben
wünsche, wüßten die Mächte ein, daß die Frage, ob
Derselben in Deutschland oder Polen gehören sollte,
durch eine Volksabstimmung der Bewohner selbst ent-
scheiden wer-

Das für das Saargebiet
vorgeschlagene Regime muß 15 Jahre dauern. Dies
Arrangement wurde für notwendig erachtet, einmal als
Bestandteil des allgemeinen Wiederanbahnungsplanes
und dann als sofortige und für Frankreich als not-
wendig anerkannte Kompensation für die systematische
Zerstückelung der kriegsgegründeten Kolonialgebiete. Dies
Gebiet gelangt nicht unter französische Oberhoheit,
sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes. Die
Einigung hat den Vorteil, keinerlei Intervention in sich zu
schließen, trotzdem Frankreich das Eigentum an Sa-
argebiet an den Erben anerkannt wird. Außer-
dem hält sie die wirtschaftliche Einheit des Saargebietes
aufrecht, welche für die Interessen der Einwohner be-
steht. Nach Verlauf von 15 Jahren wird die Bevölke-
rung, welche in der Abwesenheit unter Überwachung
und Regierung der Gesellschaft der Nationen die Kon-
trolle über die öffentlichen Angelegenheiten angesetzt habe,
volle Freiheit besitzen, um zu entscheiden, ob sie eine
Vereinigung mit Deutschland, Vereinigung mit Frank-
reich oder eine Fortsetzung des im Verträge vorge-
sehenen Regimes wünscht.

Die Gebiete, welche aus Deutschland an Däne-
mark und Belgien zu übertragen beabsichtigt wurden,
teilweise gemächlich von Dänen genommen und
keinerlei Überwachung wird erfolgen, welche nicht das
Ergebnis des Einflusses der Einwohner sein wird.
Dieser Entschluß wird unter solchen Gesichtspunkten
gefaßt werden, daß die

Freiheit der Volksabstimmung

vollständig sein wird.
Eudlich sind die alliierten und assoziierten Mächte
der Ansicht, daß die Eingeborenen der deutschen
Kolonien sich selbst dem Gedanken wiedersehen,
unter deutsche Oberhoheit zurückzuführen. Die Tra-
ditionen deutscher Verwaltung, deutscher Regierungs-
methoden, sowie der Gebrauch, der von den Kolonien
gemacht wurde, um sie als Basis zu gebrauchen, von
wo aus man sich auf den Weltmarkt stützen könne,
machen es den Alliierten und Assoziierten
unmöglich, diese Kolonien Deutschland
zurückzugeben,
noch ihm die Verantwortung anzuvertrauen, ihre Be-
wohner zu erziehen und zu bilden. Und diesen Gründen
sind die alliierten und assoziierten Mächte nicht gewillt,
diese Vorschläge abzuändern, außer in den angegebenen
Punkten.

Steinwürfe auf deutsche Friedensdelegierte.

Einige Vertreter Deutschlands verlegt.
Versailles, 16. Juni. (Sonderbeilage.) Auf
der Fahrt vom Hotel des Reservoirs zum Bahnhof von
Reims-Station, von wo der Sonderzug mit der deutschen
Friedensdelegation nach Belm ansetzt, wurden aus
der Menge heraus zum einzelnen Autos Steine ge-
worfen. Es wurden infolgedessen mehr oder weniger
leicht verletzt: Das Mitglied der Delegation
Dr. Meißner, Oberleutnant von Anländer,
Hoffner Dr. Meyer und Frau Dornblüth, die
an der Seite des Reichspostministers Sieberts saß.
Die Anführer der Menge darunter den ganzen
Abend fort und verkränkten sich zum stärksten Joh-
nen. In den und Schreien, als sich die Mitglieder
der Delegation auf der Straße zwischen dem Hotel des
Reservoirs und den Hotels Enjette und Batei zeigten.

Die Pariser Polizei konnte nicht helfen.

Berlin, 17. Juni. (Sig. Drahtnachricht.) Ueber die
Steinwürfe gegen die deutschen Delegierten bei ihrer Ab-
reise von Versailles erzählt unser Berliner Vertreter aus zu-
verlässiger Quelle noch folgendes:
Als nach den Gezeiten der Menge Polizei und militä-
rische Hilfe angefordert wurde, antwortete der Polizei-
präsident, es könne weder Polizei noch Truppen stellen, da
dies für die Unterdrückung des Strafes erforderlich wären.
Die Ankunft der deutschen Delegierten in Weimar er-
folgt heute abend 6 Uhr.

Kronstadt in Flammen.

Sieben bolschewistische Kriegsschiffe haben
die weiße Flagge gehißt.
WTB. London, 17. Juni. Neuer. „Daily Mail“
meldet aus Sankt Petersburg: Die Fregatte Kronstadt steht
in Brand. Einige Torpedos haben die weiße Flagge
gehißt. Die sieben bolschewistischen Kriegsschiffe haben die
weiße Flagge gehißt und sind auf dem Wege, sich dem
Kronstädter Kommando zu unterwerfen.

Die Antwort der Entente.

Die Antwort der Entente ist den deutschen Dele-
gierten gestern nachmittag überreicht worden. Ihr
Wortlaut traf im Laufe der Nacht in Berlin ein und
wurde zur Stunde überreicht. Die Abfahrt der deutschen
Delegierten von Paris zeigte noch einmal den Geist,
der an der Seine herrscht. Die tumultuösen Szenen
bei der Abfahrt, verbunden mit Steinwürfen, die die
Verletzung von mehreren deutschen Friedensdelegierten
zur Folge hatten, bewiesen, wie wenig man in Paris
in der Lage ist, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.
Es ist charakteristisch für die Zustände in der französi-
schen Hauptstadt, daß die zuständigen Stellen auf das
Erdröhen nach polizeilicher und militärischer Unter-
stützung erklärten mußten, daß alle Sicherheits-
organe zur Unterdrückung des Streiks
gebraucht würden. Hiergegen vergleiche man die
Zustände in Berlin, wo sich viele Dutzende fremdländi-
scher Offiziere und Mannschaften aufhalten, ohne daß
sie bisher im geringsten belästigt wurden und ohne daß
auch nur ein einziger der fremdländischen Vertreter
Schaden an seiner Gesundheit erlitten hat.

Ueber den Inhalt der Antwort der Entente
läßt sich zur Stunde ein abschließendes Urteil
noch nicht fällen. Das, was die Entente an Konzessionen
ausführt, genügt jedenfalls nicht, um den
Gedankenspross auf der Grundlage der 14 Punkte Bil-
lions umgestalten. Gerade die wichtigsten Forderungen,
die sich aus dem Programme Wilsons ergeben,
werden von der Entente nicht erfüllt. Demnach wird
uns schließlich eine Volksabstimmung in Ober-Schlesien
erzweit und bestimmt, daß Danzig neutralisiert werden
soll. Ein Entgegenkommen bedeutet es, wenn Memel
das nach dem ersten Entwurf der Entente von Deutsch-
land losgetrennt werden sollte, nunmehr nur neutrali-
siert werden soll. Danzig soll entgegen dem bisherigen
Entwurf als neutraler Staat unter die Aufsicht der
Völkerbundes kommen, während bisher eine polnische
französische Kontrolle vorgesehen war. Wie die Entente
die weitere Regelung der Gebietstragen im Osten
gedacht hat, ist auf Grund der bisher bekannt gewordenen
Mitteilungen nicht ersichtlich. In einer halbamtlichen
Mitteilung über den Inhalt der Antwort wird von
einer Grenzänderung zwischen Schlesien und Polen ge-
sprochen. Dabei heißt es: „Deutschland wird dadurch
nicht berührt.“ Was soll das heißen? Wir können
uns keine Regelung denken, durch die Deutschland nicht
betroffen wird. Schändert ist in dem neuen Entwurf
der Entente auch das Rückwärtsrecht im Saargebiet
Aus feindlichen Presseäußerungen ging jedoch
heraus, daß die Entente auf eine Volksabstimmung in
der dritten Zone in Schlesien verzichten will. Eudlich
sind noch einige Erleichterungen mehr wirtschaftlicher
Art vorgesehen.

Damit sind die „Konzessionen“ annehmend aber
auch ersichtlich. Kann das genügen, um Deutsch-
land zu einem Unterwerfen des Friedens-
vertrages zu veranlassen? Erinnern wir
uns doch, daß Deutschland sich zur Leistung von tie-
fsten finanziellen Entschädigungen entschlossen hat. In
der deutschen Antwort war bereits ausdrücklich be-
gründet, daß Deutschland diese Leistungen nur voll-
bringen kann, wenn es territorial und wirtschaftlich
nicht verarmt und zerstückelt wird. Deutschland
kann diese Leistungen nicht vollbringen, wenn ihm
das Saargebiet geraubt wird. Darauf ab-
sehen die Ententebedingungen immer noch hinaus-
zulaufen, denn der bisher bekannt gewordene Wortlaut
spricht ausdrücklich davon, daß die Verlangung
von 15 Jahren aufrechterhalten werden soll. Da die
Entente auch keine Konzessionen in Westpreußen zu-
machen gewillt ist, würde Dörpfe u. a. auch nach de-
nen Bedingungen vom deutschen Reich losgelöst
sein. Das würde bedeuten, daß diese Provinz auf die
Dänen polonisiert werden würde und daß sie infolge
dessen für uns in absehbarer Zeit verloren ginge. Wir
würden nicht allein die Erze Vorkommen, die Kohlen
des Saargebietes, sondern auch die Kartoffel- und
Getreidebestände des deutschen Ostens verlieren. Nicht
geringer ist der Verlust der deutschen Kolonien
einzuzeichnen. Auch hier hat sich die Entente
entweder als feiner Anwalt bereit erklärt. De

Raub der Kolonen soll offenbar zur
Tatsache werden. Die Begründung unserer Gegner,
dass die Eingeborenen selbst keine Reue hätten,
zu Deutschland zurückzuführen, ist so fadenförmig.
Wir erinnern nur daran, dass eingeborene Döwlinge
der uns geräubten Kolonen Eingaben an den spanischen
König gemacht haben, mit der Bitte, sich um eine Rück-
kehr zum Deutschen Reiche zu bemühen. Der Raub der
deutschen Kolonen würde ein Ueberausbleiben der
deutschen Industrie und des deutschen Handels außer-
ordentlich erschweren. Nach wie vor würde uns die
Möglichkeit genommen sein, Rohprodukte in eigenen
Gebieten zu erzeugen und der deutschen Industrie nutz-
bar zu machen. Noch schlimmer ist aber, dass die Entente
sich zu keinen Konzessionen bei unserer Handels-
flotte bereit erklären will. Sie soll uns end-
gültig verloren gehen. Die Rückgabe eines
wesentlichen Teiles der deutschen Handelsflotte aber
war die Basis, auf der Deutschland allein zur Leitung
von geachteten Entschädigungen befähigt gemacht
werden konnte. Nimmt man uns die Möglichkeit, auf
lange Zeit hinaus eigenen Handel zu treiben,
erzwingt man uns in so außerordentlicher Weise die
Zufuhr, macht man uns abhängig von fremder Schif-
fahrt, dann nimmt man uns wesentliche Teile der
Grundlagen, auf denen ein Wiederaufbau der deutschen
Wirtschaft überhaupt möglich ist. Weiter sollen uns
auch die Kabel genommen bleiben. Konzessionen hat
die Entente offenbar auch nicht bei der Frage des An-
schlusses von Deutsch-Oesterreich an Deutschland gemacht.
Die bisherigen Inhabungsangaben über die Antwortnote
der Entente schweigen sich über diese Frage vollkommen
aus. Während die Entente den deutschen Wünschen über
die Herabsetzung unseres Heeres entgegenkommt, halten
unser Gegner die Strafbestimmungen aus-
drücklich aufrecht. Hier liegt ein Punkt, wo unsere
nationalen Interessen verletzt werden. Die Paragraphen
227 und 228 in dem ersten Vertragsentwurf der
Entente müssen für uns nach wie vor als unannehmbar
gelten.

Betrachten wir das, was die Entente an Konzessionen
bietet und das, was sie uns verweigert, dann
müssen wir schon heute die Ueberzeugung gewinnen,
dass unsere Gegner unter keinen Umständen
gewillt sind, einen Wilson-Frieden
zu schließen. Danach kann es kaum zweifelhaft er-
scheinen, wie die Entscheidung der Nationalversammlung
und der Regierung in den nächsten Tagen ausfallen
wird. Vielleicht ist es angebracht, dass die Regierung
selbst in dem letzten Stadium der Dinge noch versucht,
zu mündlichen Verhandlungen zu kommen, die die
Entente bisher besträubt abgelehnt hat. Selbst in der
verlängerten Frist von 7 Tagen, die die Entente dem
Deutschen Reiche gesetzt hat, wird es kaum möglich sein,
eine Frage von so schwerwiegender Bedeutung zur
Lösung zu bringen. C. H.

Die verlängerte Frist.

Verfailltes, 10. Juni. Bei der Ueberreichung der
Entente-Antwort auf die deutschen Gegenwortschläge
wurde auch eine Warnung über die Ver-
minderung der besetzten Gebiete Deutsch-
lands abgegeben. Generalsekretär Dulath er-
klärte bei der Uebergabe, er überreichte hiermit die
endgültigen Bedingungen. Die deutsche De-
legation soll in einer Frist von fünf Tagen,
vom Zeitpunkt der Ueberreichung an gerechnet, erklären,
ob sie gewillt sei, den Friedensvertrag zu unterzeichnen
oder nicht. Ministerialdirektor Simon erwiderte,
die Frist von fünf Tagen sei zu kurz bemessen, die deutsche
Regierung und die deutsche Friedensdelegation beiziehnen
es sich vor, eine Verlängerung der Frist zu
verlangen. Herr Dulath entgegnete, er werde den
alliierten und assoziierten Regierungen von dieser Er-
klärung Kenntnis geben. Kurz vor 1 Uhr kam Dulath
nodmalig zum Verfailltes und teilte dem Ministerial-
direktor Simon mit, die Entente hätte sich bereit erklärt,
die Frist um 48 Stunden zu verlängern. Ministerial-
direktor Simon antwortete, die Frist einzufahren, jedoch
werde er die deutsche Regierung in der Lage sein,
einen endgültigen Beschluss zu fassen und sie werde der
Entente mitteilen, ob die Frist von sieben Tagen ein-
gehalten werden kann.

Reuter über den Inhalt.

Verfailltes, 10. Juni.
Nach Reuter heißt es in dem Mantelbrief
zu der Antwort der Alliierten: Der Krieg war das
größte Verbrechen gegen die Menschheit, das jemals be-
gangen wurde. Deutschland muß es auf sich nehmen,
Wiedergutmachung zu leisten. Die alliierten und asso-
ziierten Mächte haben für die Wiedergutmachung
eines polnischen Staates mit sicherem
Zugang zu Meere Vorstufe getroffen.
Das Regime betreffend das Saarland wird für
15 Jahre aufrecht erhalten bleiben. Die Alliierten sind
überzeugt, dass die Eingeborenen der deutschen Ko-
lonie in einer Rückkehr unter deutsche Herrschaft durch-
aus abgeneigt sind.
Wenn die Deutschen beweisen, dass sie beabsichtigen,
die Friedensbedingungen zu erfüllen, so wird es zu
einem früheren Zeitpunkt möglich sein, den
Bölkerverbund durch Auflösung Deutschlands zu ver-
worfeln. Die Befreiung derjenigen, die haupt-
sächlich für den Krieg verantwortlich sind, ist eine For-
derung der Gerechtigkeit.
Es wird Deutschland gestattet werden, sein Heer
allmählich zu verringern, als bisher be-
stimmt war. Die deutschen Vorschläge bezüglich der
Flotte können nicht in Erwägung gezogen werden. Was
die Wiedergutmachung betrifft, so kann Deutsch-
land eine Pauschalsumme für die Regelung der Gesamt-
heit oder eines Teiles seiner Verbindlichkeiten anbieten.
Weiter meldet hierzu Reuter aus Paris in
dem Mantelbrief: Deutschland hat seinen militärischen
Verbindungen ermutigt, Serbien den Krieg zu erklären.

Der Brief zählt dann die deutschen Verbrechen auf.
Betreffs der deutschen Verhaftungen gegen die
Blokade heißt es: Die Blockade ist zu jeder Zeit eine
gesetzlich anerkannte Methode der Kriegsführung ge-
wesen.

Die Antwort der Alliierten auf die deutschen Be-
merkungen legt dar: Im deutschen Memorandum sei
nichts enthalten, was die Ueberzeugung der Alliierten
erschüttert, dass die unmittelbare Ursache des Krieges
die wohlüberlegte Entschädigung der verarmten
Persönlichkeiten gewesen ist, die Lösung der europäischen
Frage gestillt herbeizuführen, wenn nötig, durch
einen Krieg.

In dem Begleitbrief zu der Note auf die deutschen
Gegenwortschläge heißt es u. a.: Die Entente-Mächte
haben die deutschen Bemerkungen der ernstlichen Er-
wägung unterzogen. Der deutsche Vorschlag protestiert
gegen den Friedensvertrag vor allem, weil er im
Widerspruch steht mit den Bedingungen, unter denen der
Waffenstillstand

abgeschlossen wurde. Der Protest der deutschen De-
legation beweist, dass sie die Lage verneine, in der
sich Deutschland heute befindet. Darum halten es die
alliierten und assoziierten Regierungen für notwendig,
ihre Antwort mit einer genauen Darlegung des Krieges,
wie sie ihn beurteilen, zu beginnen.

Die Drohungen mit der Blockade.

Paris, 17. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der
oberste Blockade-Kommissar ist zusammengetreten, um die
letzten Maßnahmen zu beschließen, die erforderlich wür-
den, wenn Deutschland die Friedensbedingungen nicht
unterzeichnet.

Die Königsberger Speicher-Waren in Sicherheit gebracht.

Bern, 17. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die
polnische Presseagentur meldet, dass die Deutschen die
Speicher in Königsberg vollständig geleert und das
Getreide in 12 Dampfern nach Emden transportiert
haben.

Einstellung der Fleisch- und Futtermittellieferungen für Deutschland.

Düsseldorf, 17. Juni. (Eigene Drahtnachricht.)
Der Oberbürgermeister von Düsseldorf teilt mit, er
habe die Nachricht empfangen, dass wegen der Knappheit
auch in den feindlichen Ländern mit einer Lieferung
von Fleisch und Futtermitteln aus dem
Auslande nach Deutschland vorläufig nicht ge-
rechnet werden kann.

Der deutsche Grenzverkehr gegen Polen gesperrt.

Breslau, 16. Juni. Nachdem die polnische Regie-
rung bereits seit mehr als 10 Tagen die Grenze gegen
Sachsen völlig gesperrt hat, andererseits aber in großer Zahl
unautonome Elemente aus Polen die Grenze aus ver-
botenen Wegen zu überschreiten versuchen, um Sabotage
gegen die Reichsarmee, die Eisenbahn usw. zu betreiben
und gegen Deutschland zu hetzen, hat das General-
kommando im Einverständnis mit dem Reichs- und Staats-
kommissar mit dem heutigen Tage den Grenzverkehr
ausgeschlossen des sogenannten Heeres Grenzverkehrs
gegen Polen gesperrt. Für die Maßnahmen war
auch entscheidend, dass die große Zahl der unermittelten
polnischen Zureichenden die sehr schwierige Lebensmittellage
weiterhin verschlechtert.

Die Lage in Berlin.

Den „N. N.“ wird aus Berlin gemeldet: Die wäh-
rend des Zeitungsstreites erschienenen Sensationsmeldungen
kleinerer sogenannter Extrablätter wollen von angeblichen
kommunistischen Aufständen wissen. Wie wir an zutun-
diger Stelle hier zu erfahren, sind diese Meldungen samt
sonderer es und. Es ist keine Ursache zu ver-
weilen in Berlin gegeben. Die Regierung ist in
der Lage, alle Aufstände zu unterdrücken.

Italien am Vorabend der Revolution.

Basel, 17. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die
Presseinformation berichtet aus London: Der englische
Arbeiterführer Macdonald erklärte, die Revolution
in Italien sei so weit vorbereitet, dass die Regierung
kaum noch etwas daran ändern könne. Die Sozialisten
haben bedeutende Unterstützung aus den bürgerlichen
Parteien erhalten. Das Fehlen von Simon er-
warzen die italienischen Arbeiter aus Paris. Je nach-
dem sich die Lage in Frankreich zuspizt, werde Italien
darauf reagieren.

Militärische Einberufungen in Italien.

Basel, 17. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Der
Tempo berichtet, die italienische Armeeverwaltung
habe 20 000 Mann Beurlaubte einberufen. Die mili-
tärischen Maßnahmen gegen Deutsch-Oesterreich
sollten nicht vor dem 15. Juli beginnen.

Heftige Kämpfe zwischen Italienern und albanischen Banden.

Basel, 17. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die
Balkanagenen meldet aus Saloniki: Der Ober-
befehlshaber des italienischen Expeditionskorps hat über
den nördlichen Teil des Landes den Kriegszustand ver-
hängt. Starke albanische Banden unter Führung
albanischer Offiziere und ehemaliger Parteigänger von
Essad Pascha haben die italienischen Streitkräfte ange-
griffen. Es ist zu gegenseitig heftige Kämpfe
gekommen. Die Verluste sind erheblich.

Der missglückte Räteputsch in Wien.

Wien, 16. Juni. Die Versuche eines Putches zur
Herbeiführung der Räterepublik in Wien sind mis-
glückt. Das Staatsamt hat mehr als 40 Verhaftungen her-
vorgehend von Kommunisten verhängt, darunter sind eine An-
zahl Russen. Bei den gefangenen blutigen Zusammen-
stößen im Aufstand an die Kommunistenvermittlung hat es

sich Tote gegeben. Eine Anzahl der Verletzten sind in
Krankenhäuser eingeliefert worden.

Die Friedensbedingungen für die Türkei.

Zurück am 16. Juni. Laut Wien vom den
Denkmal der „New Yorker Herald“ aus Paris, dass die
türkische Delegation nachdrücklich am Dienstag vom
Hate der West empfangen werden wird. Ueber den Inhalt
der Friedensbedingungen der Türkei ver-
lautet, dass das türkische Reich in Kleinasien weiter bestehen
soll. Der Sultan wird die gesamte politisch-religiöse Ober-
aufsicht erhalten. Die Türkei muß auf alle Rechte über
Konstantinopel verzichten. Konstantinopel wird
unter internationale Kontrolle gestellt.

Deutsches Reich.

Teilergebnisse der bayrischen Gemeindevahlen.
Das Pariser Blatt „Bon Soir“ meldet, dass ein ameri-
kanischer Offizier der Rheinflotte an Willson einen
Brief gerichtet habe, in dem er auf seiner Meinung nach
ungerechte Behandlung der Rheinland der seitens
der französischen Militärbehörden hinweist. Willson soll diesen
Brief dem Hat der West vorgelegt haben, der angeblich
eine Kommission ernannt hat, um Vernehmlichkeitsbestimmungen
für das besetzte Gebiet auszuarbeiten.
Aus Wiesbaden wird der „Frankfurter Zeitung“ ge-
meldet: Dr. Dörten war zur verantwortlichen Verantwortung
vor dem Untersuchungsrichter geladen, aber nicht erschienen.
Die Anklage richtet sich gegen ihn wegen Freßbereubens.
Er hat nach dem raschen Ende seiner Regierung noch Ange-
blätter auf der Strafe verteilen lassen, doch wurden die
Exemplare beschlagnahmt. Der Gerichtsschreiber ist von
der französischen Kommandatur wiederholt der
Beihilfe zugegangen, nichts gegen Dörten zu unter-
nehmen. Die Polizeidirektion ist angewiesen, den Beihilfe
nicht auszuliefern. Sie muß weiter vor dem Wohn-
haus Dörten einen händigen Posten stellen und Dörten
einen Schutzmantel zur Verfügung stellen, der ihn auf allen
seinen Ausgängen begleitet. Das Ministerium Dörten ist aber,
wie maßgebende Kreise versichern, durchaus noch nicht zu
Ende.

Zu den Aufbruchsjahren im Rheinland.

Münster, 16. Juni. Ueber die gestrige Gemeindevahlen
in Bayern sind bisher noch folgende Ergebnisse bekannt ge-
worden: In Würzburg wurden bisher gewählt: 20
bayerische Volkspartei, 2 Demokraten, 2 Wehrheitssozialisten,
5 Unabhängige und 2 Mittelstandspartei. In Aemtern
erhielten die Demokraten 6, die bayerische Volkspartei 6, die
Unabhängigen 1, die Wehrheitssozialisten 4 und die Na-
tionalsozialisten 1 Sit. In Hof entfielen auf die Demokraten
3, die Bürgervereinigungen 7, die nationale Liste 4, die Wehr-
heitssozialisten 1 Sit; die Unabhängigen brachten dagegen
15 Kandidaten auf.

Die Magdeburger Großbetriebe liegen still.

Magdeburg, 16. Juni. Infolge Lohnstreiks der Heize-
und alle hiesigen Großbetriebe stillgelegt worden. Auch die
Metallarbeiter beschließen in den Zustand einzutreten,
Ihr endgültiger Beschluß wird heute gefällt.

Ausland.

Wilson weigert sich.
WTB. Washington, 16. Juni. Reuter. Auf die Ent-
schädigung des Senais, die den vollständigen Text des Fried-
densvertrages fordert, teilte Wilson durch das Staats-
departement mit, die Mitteilung des Friedensvertrages
widerstreife dem öffentlichen Interesse, da der Vertrag
vollständig sei und noch über viele heikle Punkte verhandelt
werde.

Aus der demokratischen Bewegung.

Frankfurt, 16. Juni. Gestern hielt die deutschdemokratische
Partei, Ortsgruppe Frankfurt, ein Garten-Sommerfest ab.
Bei Koncertmusik veranlagte man sich am Nachmittag mit
Scheibenspielen und Regeln, die Kinder hatten ebenfalls Spiel-
Tischlagen, Vogelkisten usw. Eine reich ausgestattete Kinder-
kolonne brachte besondere Ueberraschung, der große Aufbruch
sah aus und an unserem in Kombination sein. Nach
die Bezeichnung erhielt Beiträge von Parteiführer Dorn-
blüh, Abg. Julius Abderhalden, Schreiber u. a.
Erfolgt am Abend brachte den Abschluß der wohl gelungenen Ver-
anstaltung.

Provinzial-Nachrichten.

Die Erster Eisenbahnerdemonstration.

Erfurt, 16. Juni. Der Minister der öffentlichen
Arbeiten Dieser ist heute sofort nach Weimar
und Geleit gerufen, um gegen die gefahren gefährdete Art
„Demokratisierung“ und unzulässig auf Wert und Stelle die
erforderlichen Maßnahmen zu treffen.
Die Eisenbahnerbewegung nimmt immer mehr
einen kommunistischen Charakter an. Die wehr-
heitssozialistischen Arbeiter haben sich wieder einmal
von den Kommunisten überlistet lassen. Der Verkehr
ist bisher in vollem Umfang aufrecht erhalten worden,
aber unter kommunistischer Leitung. Es war zunächst
nur ein Teil der oberen Beamten abgesetzt worden,
dann aber, da die anderen sich mit ihnen solidarisch er-
klärten, wurden auch sie aus dem Direktionsgebäude
ausgewiesen. Von Regierungstruppen waren nur
24 Mann zur Verfügung, die sich auf Verlangen der
mit den Kommunisten solidarischen Sicherheitsbeweg-
erklärten. Es ist zu hoffen, dass die Wehrheitssozial-
isten zur Bestimmung kommen werden, und das es bald
gelungen wird, des Putches Herr zu werden.

Bad Allen, 10. Juni. Abweisung der
Arbeiterräte. Wie der „Magdeburger“ bekannt gibt,
hat das Raumburger Amtgericht die Antrag der frühe-
ren Raumburger A. N. Mitglieder Schuster und Bogt mit
der Begründung abgewiesen, dass zwischen dem Raumburger
Amt und dem Arbeiterrat keine rechtsverbindlichen
Abmachungen beständen. Mit Rücksicht auf dieses Ur-
teil und auf die vom Minister des Innern wiederholt

Walhalla-Operetten-Theater. Der Flug um die Welt.

Pianos in allen Holz- und Eichenarten in großer Auswahl. C. Rich. Ritter

Bad Sachsa am Südrharz Nachkurort. Von ärztlichen Autoritäten vorzüglich empfohlen.

200 Mark für 100 kg Wolle. 200 Mark für 100 kg Neutuchabfälle. Nur Anna Theuring, nur Grosse Wallstrasse 42.

Stadt-Theater. Mittwoch, den 18. Juni 1919. Anfang 7 1/2, Ende 10 Uhr. Eine heitere Geschichte von Robert Overweg.

Apollo-Theater. Heute und morgen 8 Uhr: Die Czardasbüchse. Operette von G. Reinman.

Städtisches Solbad Wittekind. Großes Wohltätigkeits-Konzert zum Besten der aus Elbaf-Verhingen vertriebenen Deutschen.

Aufträge für Pfingstarbeiten und Ackerbestellen. Motorlohnspflug-Tief- und Straßenbau-Gesellschaft m. b. H.

Thalia-Säle. Geiststr. 42. Mittwoch, d. 18. und Donnerstag, d. 19. abends 6 Uhr.

Elektrische Licht- u. Kraftanlagen mit Lichtungen aus Kupfer. Installiert wieder. Rast. Gelststrasse 28.

Fahrad-Gummi gibt es noch, bevor meine 1000 noch verschluckt werden. Original-Spiralrubers.

Thalia-Säle. Sonnabend, den 21. Juni, nachmittags 5 Uhr. Wiederholung der Lebenden Bilder.

Louis Börner: Werkstätten für Raumkunst. Halle a. S., Leipzigerstraße 12.

Allgemeiner Bürgerverein f. städt. Interessen. Außerordentliche Generalversammlung. Donnerstag, d. 19. Juni 1919.

Schaufensterreiben. Haben noch eine Anzahl neue große Scheiben, sowie kleinere für Schaufenster am Lager.

Einladung zur Vertreter-Versammlung der Krankenkasse der Helfershelfer.

Das ausbessern, abzählen und wachsen alter Parkett-Fussböden.

Brennholz. Trockenes Buchenholz. Louis Deparade, Holzhandlung.

Garneelen für Räder, Säulen, Schwere. Eiverge, C. G. m. b. H.

Ripacca naturpolierte Bestecke. Alfred Otto, Lerchenfeldstr. 3, II.

Vereinigung z. Verwertung v. Schlachtpferden. Schlachtpferde. Angebote. an uns direkt oder an unsere Mitglieder.

Firma im besten Gebiet sucht in der Gegend von Halle zur Verfertigung ihrer Aufträge.

Gesundung durch Seawater. Das natürliche höchste Heilverfahren ohne Beruhigung.

Platten-Hohlwand „Jurko“. Sparsame Bauweise für Kleinwohnungen, Kleinhäuserliche Güter.

R. Röhrbeln & Co. Lagerplatz: Kurfürstenstr. 78. Telefon 2594.

Geschäfts-Anzeiger.

Aller Haararbeiten.

Böpfe. In allen Preislagen. Einleitung einer Haarprobe.

Sauben-Merke. Kopfwäsche. Damenhaar.

Zopf-Siebert, Halle. Leipziger Str. 33.

Emil Banse, Beerdigungs-Institute.

Von Niende, Bilderrahmen-Fabrik.

Einrahmungen. Tapeten.

El. Licht- u. Kraftanl., Beleuchtungs- u. Tel.-Anl.

L. Riessland. Kinderwagen u. Karren.

Korsets u. Leibbinden.

Lehrhandlung C. Friedrich Radl.

Tapetenbau Gerstmann.

Singor Co., Nähm.-A.-G.

Tapetenbau Gerstmann.